

Lenkungsaufgaben des Staates bei gewandelten sozialökonomischen Bedingungen

Prof. Dr. Thomas von der Vring, geboren 1937 in Stuttgart, studierte Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft in München und Frankfurt/M. Seit 1970 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen, deren Rektor er von 1970 bis 1974 war.

Restaurative und reaktionäre Kräfte wittern Morgenluft. Die Linken lassen die Köpfe hängen. Der Geist weht hierzulande wieder einmal nach rechts. Tendenzwende — ein geistiges Phänomen? Gerade, weil die deutsche Linke tradi-

tionsgemäß intellektuellen Mystifikationen zu erliegen neigt, ist es wichtig, auf materieller Konkretisierung zu beharren. Fragen wir deshalb: Wer oder was weht hier wirklich?

Die Ursachen der Rechtsbewegung in der Wählerschaft und die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten des Staates

Das Infas-Institut hat gezeigt, daß während der letzten Jahre die Index-Werte der SPD-Sympathien in der Bevölkerung in frappierender Weise sich parallel zu den Index-Werten der allgemeinen wirtschaftlichen Zukunftserwartungen bewegt haben. Das bedeutet, daß ein erheblicher Teil der Wähler eine regierende SPD nur dann vorzieht, wenn eine positive Entwicklung der Wirtschaft gesichert zu sein scheint. Wie auch immer man eine solches Wählerverhalten interpretieren mag: Einen Sinn ergibt es nur, wenn man unterstellt, die Wähler verlangten auch von einer sozialdemokratischen Regierung vor allem die Sicherung einer gedeihlichen Wirtschaftsentwicklung.

In diesem Zusammenhang ist an eine fundamentale Einsicht der deutschen Arbeiterbewegung zu erinnern: Wirtschaftliche Krisen, Arbeitslosigkeit, Angst um den Arbeitsplatz sind, wenigstens hierzulande, alles andere als emanzipatorische Faktoren. Die deutsche Rechte hat in den arbeitenden Massen stets dann Zulauf gefunden, wenn die Massen unter dem Eindruck der Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz gestanden haben. Arbeitslosigkeit ist das wirksamste Mittel zur Paralyse der fortschrittlichen Kraft in der Arbeitnehmerschaft. Daraus ergibt sich, daß Vollbeschäftigung nicht nur ein zentrales Ziel, sondern auch eine vorrangige strategische Erfolgsbedingung sozialdemokratischer Reformpolitik ist.

Die jüngste Wirtschaftskrise ist also die wichtigste Ursache für das Abflauen der Reformbereitschaft in der Arbeitnehmerschaft der Bundesrepublik, wobei nicht übersehen werden darf, daß die Wahlerfolge der Sozialdemokratie Anfang der 70er Jahre auch mit der verbreiteten Erwartung verbunden gewesen sind, eine sozialdemokratische Regierung sei in der Lage, anhaltende Prosperität und Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Um so schockierender sind die Folgen der Krise gewesen. Solange die Sozialdemokratie nicht glaubhaft macht, daß sie in der Zukunft die Wiederholung einer Krise von solchem Ausmaß vermeiden kann, solange kann sie nicht damit rechnen, die gegenwärtigen politischen Tendenzen nachhaltig wieder umzukehren.

Hinzu kommen die finanzpolitischen Folgen der Krise für die Reformpolitik. Die sozialdemokratische Reformpolitik orientierte sich, mehr oder minder bewußt, an der strategischen Prämisse, daß insbesondere umverteilende Reformen nicht aus den bereits verteilten Wirtschaftserträgen, sondern überwiegend nur aus den Zuwächsen finanziert werden können. Dahinter steht die Einsicht, daß eine spürbare Umverteilung der bereits erreichten Besitzstände angesichts der

Unterschiedlichkeit der Interessen der Arbeitnehmerschaft insbesondere die gehobenen Arbeitnehmerschichten zum Widerstand gegen progressive Reformpolitik mobilisieren würde. Dies aber könnte unter den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen leicht den Ausschlag zugunsten des konservativen Lagers geben.

Die weitgehende Beschränkung der reformpolitischen Umverteilungsmasse auf die wirtschaftlichen Zuwächse dagegen legt in Krisensituationen nicht nur die Reformpolitik weitgehend still. Mehr noch erzwingt die notwendige antizyklische Krisenbekämpfung des Staates angesichts der gegebenen kreditpolitischen Restriktionen eine Reduzierung der bereits durchgesetzten Leistungen, die jeden Reformelan zu demoralisieren droht. Auch hier also: Wenn alle paar Jahre mit einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise gerechnet werden muß, verringern sich sowohl die sozialdemokratische Reformfähigkeit als auch die Reformervwartungen in der Wählerschaft in gefährlicher Weise.

Es wird nicht selten eingewandt, daß auch und gerade unter den Bedingungen regelmäßiger wirtschaftlicher Krisen und Stagnationsphasen ein offensiver Kampf um umverteilende Reformen notwendig sei. In solchem Denken aber drückt sich m. E. nicht Einsicht in die Wirklichkeit aus, sondern die sich ausbreitende Tendenz des westlichen Neomarxismus, den geschichtstheoretischen Begriff der gesellschaftlichen Notwendigkeit für eine politische Realität zu halten und dementsprechend die Frage nach den konkreten politischen Möglichkeiten bei der Bestimmung der Strategie höchst nachlässig zu behandeln. Ich halte es für eine Illusion zu glauben, unter den Verhältnissen der Bundesrepublik ließe sich eine erfolgreiche Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft für progressive Reformen erreichen, solange stets von neuem mit wirtschaftlicher Krise und umfassender Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Darum ist gerade jetzt, am Anfang einer neuen Aufschwungphase, eine nüchterne Analyse der Entstehungsbedingungen und Überwindungsmöglichkeiten der Wirtschaftskrise erforderlich.

Bevor wir uns der Betrachtung der konkreten Krisenursachen zuwenden, soll versucht werden, die *Ratio* der Tendenzwende, das heißt ihren wahren, von Ideologien verschleierten Kern festzuhalten. Dazu ist es notwendig, jene Tendenz, um deren Erliegen und Wende es sich handelt, konkret zu bezeichnen.

Das Grundverständnis der sozialdemokratischen Reformpolitik, die seit Ende der 60er Jahre in wachsendem Maße Sympathie und Zustimmung in der Wählerschaft gewonnen hat, lautet: Mehr Gerechtigkeit, mehr soziale Sicherheit, mehr Demokratie, mehr Freiheit, mehr Lebensqualität, eine vernünftige Entwicklung unserer Wirtschaft sind nicht nur wünschenswert, sondern sie sind, wenn die Wähler dies tragen, auch erreichbar, und zwar auf dem Wege schrittweiser gesetzlicher Reformen, die nur im staatlichen Bereich durchgesetzt werden können. Der Widerstand der konservativen Kräfte, insbesondere des privaten Kapitals, wird

gerade dann für überwindbar gehalten, wenn die Reformen schrittweise, partikular und unter Verzicht auf umfassende Kampfansagen angegangen werden.

Für diese Strategie ist die Annahme von zentraler Bedeutung, mit den Mitteln des Staates die Entwicklung der Wirtschaft so steuern zu können, daß diese die staatliche Reformpolitik nicht mehr zu durchkreuzen vermag. Sie beruht auf der Erwartung und verbreitet die Erwartung, die kapitalistische Wirtschaft wenigstens soweit im Griff zu haben, daß ihre endgültige Unterordnung unter eine wirksame staatliche Globalsteuerung nur eine Frage der Zeit sei. Wenn Arbeitnehmer ihre Anpassung an die kapitalistischen Machtverhältnisse aufgeben und auf eine solche Reformpolitik setzen, dann verbinden sie damit die Erwartung, daß diese sozialdemokratische Regierung, zu welchen Kompromissen sie auch immer gezwungen sein mag, prinzipiell in der Lage ist, ihre wirtschaftlichen Existenzinteressen zu gewährleisten.

So verstanden bedeutet die jüngste Wirtschaftskrise mehr als nur eine Panne, die man ausbügeln könnte. Sie stellt die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Reformpolitik prinzipiell in Frage. Sie scheint zu beweisen, daß die sozialdemokratische Politik eben nicht in der Lage ist, die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft zu beherrschen, und daß sie somit auch nicht in der Lage ist, die Arbeitnehmer vor einem — wie immer motivierten — Verhalten der Privatunternehmen zu bewahren, das die Existenz und die Zukunftshoffnungen von Millionen gefährdet.

Nicht die Absicht, sondern die Fähigkeit sozialdemokratischer Regierungspolitik, die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in ausreichendem Maße zu steuern, steht in Frage. Tendenzwende bedeutet, daß zahlreiche Arbeitnehmer das Angebot der Konservativen annehmen, um den Preis des Verzichts auf privilegierte Reformen, das heißt um den Preis der Anerkennung des gesellschaftspolitischen Status quo, eine stabilere wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten. Dies ist kein Ausdruck von Reformmüdigkeit. Sondern bei Arbeitnehmern bedeutet Tendenzwende Enttäuschung, Resignation und Kapitulation.

Eine Entsprechung zu dieser Tendenzwende in der politischen Orientierung verunsicherter Arbeitnehmer ist im Lager der linken Intellektuellen die Renaissance antisozialdemokratischer Theorien, insbesondere der These von der Unfähigkeit des „bürgerlichen“ Staates, seine Abhängigkeit von den Verwertungsinteressen des Kapitals zu überwinden. Fällt es auch nicht schwer, den illusionären Charakter „revolutionärer“ Alternativen zu enthüllen, so kann sich die Sozialdemokratie doch nicht dem Zwang entziehen, vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Reformpolitik der vergangenen Jahre sich konkret mit der Frage auseinanderzusetzen, über welchen Handlungsspielraum der Staat der Bundesrepublik gegenwärtig gegenüber den Verwertungsinteressen der Privatwirtschaft tatsächlich verfügt.

Die jüngste Wirtschaftskrise und ihre machtpolitischen Implikationen

Die jüngste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik sei die unausweichliche Folge einer Weltwirtschaftskrise gewesen, so lautet die offizielle Lesart. Im Vordergrund der Diskussion steht der Verweis auf die Ölkrise im Herbst 1973. Hier sollen durchaus nicht die Wirkungen der weltwirtschaftlichen Krisenbewegungen auf die Wirtschaft der Bundesrepublik geleugnet werden, insbesondere nicht jene Wirkungen, die sich aus der inflationären Kriegsfinanzierung der USA für das Weltwährungssystem ergeben haben. Gleichwohl zeigt die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik nach 1972 einige signifikante Phänomene, die sich in keiner Weise in dieses Erklärungsmuster einfügen lassen.

Betrachtet man die bisherigen, recht regelmäßigen Konjunkturzyklen der bundesrepublikanischen Wirtschaft, so fällt zuallererst auf, daß die letzte Aufschwungphase 1972/73 nur knapp eineinhalb Jahre gedauert hat, während die früheren Aufschwungphasen stets zwei volle Jahre angehalten haben. Der letzte Abschwung setzte also ungewöhnlich früh ein. Wenn wir nach, den besonderen Ursachen dieser Krise fragen, so sollten wir unser Augenmerk zuerst auf den Zeitpunkt ihres Beginns richten* Befragen wir die Statistik der offiziellen Konjunkturindikatoren (Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Daten) daraufhin, so ergeben sich recht bemerkenswerte Feststellungen.

Der konjunkturelle Abschwung 1973/75 setzte nicht mit der Ölkrise im 4. Quartal 1973 ein, sondern bereits mit dem 2. Quartal 1973. In dieses Quartal fiel ein deutlicher Tendenzumschwung der meisten konjunkturellen Indikatoren:

— Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte; Umsätze des Einzelhandels; Auftragseingang der Industrie; reale Werte des Brutto-Sozialproduktes, des privaten Verbrauchs und der privaten Investitionen. Dies gilt auch für die Textilindustrie, die Bauwirtschaft (nicht zuletzt die Hypothekenauszahlungen) und ganz besonders für den Fahrzeugbau, der bereits deutlich *vor* der Ölkrise einen drastischen Rückgang des Auftragseinganges hinnehmen mußte.

— Im 3. Quartal 1973, also ebenfalls vor der Ölkrise, folgte dann der erste große Rückschlag beim Auftragseingang der Investitionsgüterindustrie.

— Im 4. Quartal 1973, dem Zeitpunkt der Ölkrise, war die Rezession bereits in voller Fahrt. Es folgte im 1. Quartal 1974 gar ein leichtes, wenn auch kurzes Zwischenhoch. Während dieser Rezessionsphase wirkte eine von den Exporteuren intensivierte Steigerung der *Auslandsnachfrage* der Krise entgegen.

— Erst in der 2. Hälfte 1974 setzte als Wirkung der internationalen Rezession auch der Niedergang der *Auslandsnachfrage* ein, mit der Folge einer Vertiefung und Verlängerung der Krise.

— Insbesondere bei den die Konjunktur bestimmenden Faktoren der inländischen Nachfrage war der durchschnittliche Rückgang, pro Quartal gerechnet, in

der der Ölkrise vorausgehenden Rezessionsphase (2. und 3. Quartal 1973) stärker als in der darauffolgenden Phase (4. Quartal 1973 bis 1. Quartal 1975).

Keiner dieser konjunkturellen Indikatoren zeigt Indizien, die auf systemimmanente oder gar ausländische Abschwungsursachen schließen lassen. Als auslösende Faktoren dieser Krise kommen vielmehr in erster Linie die *drastischen Eingriffe der Deutschen Bundesbank* in Frage. Zwischen dem 2. Quartal 1972 und dem 4. Quartal 1973 hat die Bundesbank die Reservesätze um mehr als 50 Prozent und den Diskontsatz gar um 133 Prozent angehoben. Die gewollten Folgen waren eine radikale Verengung der Geldmengenentwicklung und eine entsprechende Steigerung der Zinsen. Die Geldmarktsätze stiegen gar um 200 Prozent. Die Kreditaufnahme von privaten Unternehmungen und Haushalten ging deshalb seit Anfang 1973 deutlich zurück, mit ihr die Nachfrage der entsprechenden Bereiche.

Wie man auch immer die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise für die bundesrepublikanische Rezession einschätzt, unbezweifelbar ist, daß der primäre Verursacher dieser Rezession die Bundesbank gewesen ist, die in autonomer Anwendung ihrer gesetzlichen Möglichkeiten eine rigorose Nachfragedrosselung erzwungen hat — unter bewußter Inkaufnahme von Produktionsrückgang, Arbeitslosigkeit, Unterauslastung von Kapazitäten und entsprechender Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand.

Rechtfertigung dieser monetären *Austerity*-Politik war die sich beschleunigende Inflation. Die jährliche Steigerung der privaten Lebenshaltungskosten erreichte im 3. Quartal 1972 mit 8 Prozent einen beängstigenden Höhepunkt. Erst seit Mitte 1974 allerdings schlug sich die Rezession in einer nachhaltigen Drosselung der Inflationsrate nieder.

Nun ist in der Tat die wachsende Inflationstendenz, die vielfach psychologisierend mit einer *Inflationsmentalität* „erklärt“ wird, ein zentrales Problem unserer Wirtschaft. Charakteristisch ist jedoch, daß die realen Ursachen dieser Inflationstendenz kaum politisch angegangen werden. Hierzu läßt sich in der gebotenen Kürze folgendes feststellen:

— Die Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik hat sich bislang aus vielerlei Gründen nicht in der Lage gesehen, die inflationären Wirkungen der Weltwirtschaft auf die Wirtschaft der Bundesrepublik nachhaltig abzuwenden. Ein Gutteil unserer Inflation wird importiert.

— Eine wesentliche inländische Ursache der Inflation liegt in der zunehmenden Vermachtung unserer Märkte; Dies drückt sich insbesondere darin aus, daß die Großunternehmen selbst bei rückläufiger Nachfrage erhebliche Preissteigerungen durchzusetzen vermögen. Dieser Marktvermachtung steht die Politik in der Bundesrepublik mit auffälligem Desinteresse gegenüber.

— Unter den Bedingungen einer oligopolistischen Preisbildung vermag die globale Geldpolitik die Inflation nur dann wirksam zu drosseln, wenn sie Produktion und Beschäftigung drastisch einschränkt. Dies bedeutet, daß solche Stabilitätspolitik die Arbeitnehmerschaft und die kleineren Unternehmungen wesentlich härter trifft als die preistreibenden Konzerne. Überdies stärkt diese Stabilitätspolitik mit ihrer Begünstigung der Konzentration gar die inländischen Inflationskräfte, die sie zu bekämpfen meint.

Am Anfang der Tendenzwende steht also als ein wesentlicher Faktor die neue Politik der Bundesbank, deren restriktives Instrumentarium mit der Freigabe der Wechselkurse seine volle Wirksamkeit gewonnen hat. Charakteristisch für die Tendenzwende ist die radikale Veränderung der gesamtwirtschaftlichen und damit gesellschaftspolitischen Rolle der Gewerkschaften, die sich erst in diesen Monaten in ihrer ganzen Tragweite enthüllt hat. Hatte die auf Expansion zielende Wirtschaftspolitik seit den 60er Jahren über die Vollbeschäftigung das gesellschaftliche Gewicht der Gewerkschaften spürbar erhöht und die Angst der Arbeitnehmer vor dem möglichen Verlust ihrer Arbeitsplätze — das zentrale Herrschaftsinstrument des Privatkapitals im demokratischen Staat — erheblich abgebaut, beides mit der Folge einer zunehmenden Stärke progressiver Tendenzen in der Bundesrepublik, so hat nun die erkennbar die Kapitalinteressen begünstigende Politik der Bundesbank die Gewerkschaften in die Defensive gezwungen und den Arbeitern erneut das einschüchternde Gespenst der Arbeitslosigkeit wirksam vor Augen geführt. Mit dieser Entwicklung einher geht der Vertrauensschwund der SPD in der Arbeitnehmerschaft — das heißt die Schwächung des Vertrauens in die Fähigkeit der SPD, das wichtigste Arbeitnehmerinteresse, die Sicherheit der Arbeitsplätze, zu gewährleisten.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser neuen Rolle der Bundesbank kann nicht überschätzt werden. Die Bundesbank hat demonstriert, daß sie mit der Begrenzung der Geldmengenexpansion in der Lage ist, jenes Maß an Lohn-erhöhungen zu bestimmen, dessen Überschreitung durch die Tarifpolitik sie mit erhöhter Arbeitslosigkeit zu bestrafen gewillt ist. Die *Tarifautonomie* der Gewerkschaften wird so faktisch *außer Kraft gesetzt*. Daran ändert auch der Ausbruch der IG Druck und Papier nichts. Die Bundesbank demonstriert zur Zeit aber auch, daß sie die "Konzerne vorläufig nicht daran hindern wird, ihre Gewinne inflationär zu erhöhen; sie müßte ja sonst erneut die Arbeitslosigkeit verschärfen. So entscheidet sie den Verteilungskampf. Die kommenden Monate werden zeigen, daß die Inflation trotz extrem niedriger Tarifabschlüsse sich solange wieder beschleunigen wird, bis die Bundesbank erneut Produktion und Beschäftigung drosselt.

Dies charakterisiert also die gegenwärtigen politökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik: Während die Staatsorgane Regierung und Parlament gegen die auf Vermachtung der Märkte beruhende Preistreiberei der Konzerne nichts

Nennenswertes Unternehmen, schwingt sich das Staatsorgan Bundesbank zum Herrn der Tarifpolitik auf, indem sie im Namen der Preisstabilität den Gewerkschaften bei Strafe fortgesetzter Massenarbeitslosigkeit harte lohnpolitische Grenzen setzt.

Die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit des Staates

Man kommt den politökonomischen Realitäten der Bundesrepublik nicht bei, wenn man abstrakt und auf der Grundlage unbeweisbarer Hypothesen von einer prinzipiellen Abhängigkeit des Staates von der kapitalistischen Wirtschaft oder gar von der Rolle des Staates als „ideeller Gesamtkapitalist“ ausgeht. Bereits die mystifizierende Verdinglichung des Begriffes „Staat“ versperrt einer realitätsbezogenen Analyse die Sicht. Demgegenüber würde eine konkrete politökonomische Analyse die Ursachen der geringen wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit des Staates nicht in der „Macht des Kapitals“ finden, sondern einerseits in der prokapitalistischen Orientierung wichtiger Organe des Staates und andererseits in der institutionellen Paralyse von Staatsorganen. Ein Verständnis des Staates nicht als eines homogenen Subjekts, sondern als eines komplexen Systems heterogener Kräfte und Kompetenzen, zu dem insbesondere die Parteien gehören, führt zu der Einsicht, daß erst die konkrete Konstellation der Bestandteile des Staates und insbesondere die in Wahlen festgelegten parteipolitischen Kräfteverhältnisse die Rolle des Staates gegenüber dem Kapital bestimmen.

Das zeigt sich gegenwärtig besonders deutlich am Problem der Berufsausbildung. Die Privatwirtschaft hat erfolgreich vorgeführt, daß sie auf Grund der gegebenen Rechtsverhältnisse in der Lage ist, im Widerspruch zum öffentlichen Interesse die Zahl der vorhandenen Lehrstellen erheblich zu reduzieren. Die einschneidenden ökonomischen, sozialen und politischen Folgen dieser kapitalistischen Provokation des Staates sind absehbar. Und der Staat erscheint als handlungsunfähig. Der Staat wäre jedoch auf dem Wege der Gesetzgebung durchaus in der Lage, diese privatkapitalistische Sabotage erfolgreich zu überwinden. Was die Handlungsfähigkeit des Staates hier einschränkt, ist nicht das Privatkapital, sondern schlicht die auf Wahlergebnissen beruhende Veto-Macht der CDU/CSU-regierten Länder. Die Macht des Kapitals verdankt sich in diesem Problembereich einem Teil des Staates selbst. Dies ist für das Verhältnis von Staat und Privatkapital charakteristisch.

Möglicherweise wird dieses Beispiel als nicht signifikant abgetan. Deshalb soll im folgenden das Problem staatlicher Durchsetzungsfähigkeit gegenüber der Privatwirtschaft an drei Bereichen der Wirtschaftspolitik kurz charakterisiert werden, die unzweifelbar im Mittelpunkt der Problematik liegen: Der geldpolitischen Globalsteuerung, dem Verhältnis von Staatsmacht und Marktmacht der Konzerne und den Lähmungen regionaler Wirtschaftspolitik. Der Stellenwert der beiden ersten Problembereiche ist bereits dargelegt worden.

a) Die Bundesbank ist heute eine der wichtigsten Institutionen staatlicher Machtausübung gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft. Charakteristisch für die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik ist, daß weder Bundestag noch Bundesregierung ausschlaggebenden Einfluß auf die Politik dieser Fraktion staatlicher Exekutive besitzen — eine eklatante Durchbrechung des Prinzips parlamentarischer Demokratie. Potentiell ist die Bundesbank sogar in der Lage, unter Einschränkung des Budgetrechts, zu dem seit der Glorreichen Revolution unabdingbar die parlamentarische Kontrolle öffentlicher Kreditaufnahme gehört, den finanziellen Spielraum und damit die Souveränität der Regierung einzuengen. Dies zwingt die Bundesregierung solange zu Wohlverhalten gegenüber der Bundesbank, wie die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse eine gesetzliche Demokratisierung der Bundesbank verhindern.

Aber auch unter anderen Mehrheitsverhältnissen wird diese Fesselung der Bundesregierung durch die Bundesbank solange nicht zu beseitigen sein, solange den Wählern nicht die demokratiewidrige und arbeitnehmerfeindliche Rolle der Bundesbank bewußt geworden ist. Hier liegt eine eminent wichtige Aufgabe der Gewerkschaften, die im Unterschied zur Bundesregierung durch verbales Wohlverhalten gegenüber der Bundesbank nichts zu gewinnen haben. Wenn die Gewerkschaften nicht wirtschaftspolitisch gleichgeschaltet werden wollen, bleibt ihnen heute keine andere Wahl, als in der Arbeitnehmerschaft den Kampf um die Demokratisierung der Bundesbank, mit allen zu Gebot stehenden Mitteln aufzunehmen.

Gesellschaftliche Verhältnisse *politisch* zu analysieren heißt nicht, sie als ein sich selbst erklärendes geschlossenes System zu beschreiben, sondern die strategischen Voraussetzungen und Ansatzpunkte ihrer Veränderung zu bestimmen. In diesem Sinne existiert die prokapitalistische Funktion der staatlichen Institution Bundesbank solange, wie die davon betroffenen Arbeitnehmer nicht im Sinne demokratischer Wahrnehmung ihrer Interessen zur Gegenkraft mobilisiert werden.

b) Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß der technokratische Autonomieanspruch und die konkrete wirtschaftspolitische Rolle der Bundesbank ihre öffentliche Legitimation nicht in erster Linie dem Gesetz verdanken, sondern der scheinbar ausweglosen Zuspitzung des Inflationsproblems. Zu einer sich beschleunigenden Inflationsentwicklung bieten sich der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit als Alternativen nur entweder die freiwillige verteilungspolitische Unterwerfung der Gewerkschaften an, die aber nur begrenzte preisdämpfende Wirkungen hätte, oder eine restriktive Geldpolitik, die ebenfalls auf dem Rücken der Arbeitnehmerschaft ausgetragen wird.

Die zunehmende Marktvermachtung wird in der Bundesrepublik wohl gelegentlich mit Unbehagen registriert. Die Tatsache, daß sie zwangsläufig die Inflationskräfte verstärkt, wird aber bezeichnenderweise außer acht gelassen.

Gerade dieses Ausblenden der gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen zunehmender Marktvermachtung kennzeichnet heute die prokapitalistische Interessenbindung von einschlägiger Publizistik, Wissenschaft und „Sachverständigen“. Dementsprechend werden hierzulande bislang nur indirekt wirkende Mittel der Wettbewerbspolitik akzeptiert, von denen — obwohl selbst sie niemals konsequent angewandt worden sind — gegen die Monopolisierungskräfte unserer Wirtschaft keine nachhaltigen Wirkungen zu erwarten sind. Als von vornherein untaugliche Alternative gilt die direkte Preiskontrolle, mit der in anderen Ländern keine ermutigenden Erfahrungen gemacht worden sind.

Gegenüber der gängigen wirtschaftspolitischen Argumentation ist festzuhalten:

— Zunehmende Marktvermachtung ist eine Realität, gegen die die gegenwärtigen Instrumente der Wettbewerbspolitik nur wenig auszurichten vermögen.

— Marktvermachtung bedeutet die Außerkraftsetzung der legitimen Gesetze der Marktwirtschaft. Wachsende Inflationsneigung ist die notwendige Folge ihres Voranschreitens.

— Deshalb geht es auch nicht darum, durch staatliche Eingriffe die Marktwirtschaft außer Kraft zu setzen. Sondern die Gesellschaft der Bundesrepublik steht, will sie der Inflation wirksam begegnen, vor der Notwendigkeit, dort, wo durch Monopolisierung die Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt worden ist, wo die Nachfrage ihren Einfluß auf die Preisgestaltung weitgehend verloren hat, inflationäres Preisgebaren der betreffenden Unternehmungen durch direkte staatliche Eingriffe zu verhindern.

Die Macht der Konzerne, ohne wesentliche Rücksicht auf die Entwicklung der Nachfrage die Preise heraufzusetzen, ist heute der bedeutsamste Ausdruck kapitalistischer Macht gegenüber Staat und Gesellschaft. Bezogen auf die Probleme der Inflationskontrolle schließen sich Preissetzungsautonomie der Konzerne und wirtschaftspolitische Steuerungsfähigkeit des Staates gegenseitig aus, und die Frage nach dem Verhältnis von Privatkapital und Staat konkretisiert sich hier in der Frage: Ob und unter welchen Bedingungen der Staat der Bundesrepublik in der Lage ist, das Preisgebaren jener kleinen Zahl marktbeherrschender Konzerne wirksamer öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen, die anders nicht am systematischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht gehindert werden können. Das ist in der Tat eine zentrale Machtfrage zwischen Demokratie und Privatkapitalismus in der Bundesrepublik.

Diese Frage, die nicht identisch ist mit der Frage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder irgendeiner anderen Ausdrucksform der Beseitigung des Kapitalismus, ist ein Prüfstein für die prinzipielle Tragfähigkeit einer reformerischen Demokratisierungsstrategie. In Frage steht der Ausgang einer Machtprobe, der offenbleibt, solange sie nicht ernsthaft angegangen worden ist. Auch hier zeigt sich, wie sinnlos es ist, verbal die „systemnotwendige“ Abhängigkeit des

Staates vom Privatkapital zu konstatieren, wo es doch darum ginge, die progressiven Kräfte in Staat und Gesellschaft in realistischer Weise auf diese Machtprobe vorzubereiten.

Es gibt heute in der Bundesrepublik eine nicht geringe Zahl linker Ökonomen. Wenn man jedoch in deren Arbeiten nach Konzepten sucht, an denen sich eine öffentliche Kontrolle monopolistischer Preissetzung orientieren könnte, dann findet man so gut wie nichts. Die Versicherung der kapitalistischen Verstricktheit des Staates und der Vergeblichkeit reformerischer Politik wie die sterile Restaurierung, Polierung, Mumifizierung und Klassifizierung der marxistischen Theorie beanspruchen die Leistungsfähigkeit linker Ökonomen weit mehr als die praxisbezogene Durchleuchtung realer kapitalistischer Tabuthemen. Wie aber sollte die für die Überwindung kapitalistischer Monopolmacht erforderliche Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte denkbar sein, ohne daß eine einigermaßen plausible Vorstellung von Problem, Ziel und Lösungsperspektive entwickelt worden ist?

c) Die regionale Strukturpolitik ist der Bereich, in dem Wirtschaftspolitik für die Bürger am unmittelbarsten zu erfahren, zugleich aber auch der Bereich, in dem das Auseinanderklaffen von staatlichen Plänen und wirtschaftlichen Ergebnissen am größten ist. Insofern ist sie ein wichtiges Beispiel für die Ohnmacht des Staates gegenüber der Privatwirtschaft, insbesondere gegenüber der Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen.

Die nähere Betrachtung dieses Bereichs zeigt aber ebenso beispielhaft, daß die Ursache dieser Schwäche des Staates nicht in der wirtschaftlichen Macht des Kapitals liegt, sondern daß diese Macht ihrerseits Ausdruck einer spezifischen Desorganisation des bundesrepublikanischen Staates ist. Die Analyse der regionalen Strukturpolitik macht besonders deutlich, daß „der Staat“ eine realitätsferne Fiktion ist. Sie steht für eine chaotische Vielfalt von Staatsfraktionen, von Gemeinden, Kreisen, Ländern und Regierungsressorts, die sich in anarchischer Konkurrenz selbst von kleinen Kapitalisten gegeneinander ausspielen lassen.

Regionale Strukturpolitik, die von sektoraler Strukturpolitik nicht getrennt werden kann, bedeutet im Unterschied zur globalen Wirtschaftspolitik das Bemühen um detaillierte Kapitallenkung. Sie beeinflußt Art, Menge und Stabilität der Arbeitsplätze, Qualität und Quantität von Investitionen, Standort und Entwicklung einzelner Branchen. Es geht hier also um differenzierte Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung. Ob und in welchem Maße der Staat in diesem Bereich der Wirtschaftspolitik konkrete Entwicklungsziele gegenüber den Interessen der Unternehmungen durchzusetzen vermag, ist zuallererst davon abhängig, ob es gelingt, die vielen beteiligten öffentlichen Hände auf der Basis verbindlicher Planungen zu abgestimmtem Verhalten zu verpflichten. Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik läßt hier zwar erhebliche Schwierigkeiten erwarten. Die ersten Erfahrungen mit dem Bundesraumordnungsprogramm, das selbst unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen gewisse ökonomische

Steuerungswirkungen erzeugt, zeigen aber, daß die institutionellen Hindernisse öffentlicher Kapitallenkung durchaus überwunden werden können. Wesentliche politische Voraussetzung für eine erfolgreiche Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Länder und Gemeinden ist die Durchsetzung einer Planifikation gemäß der sozialdemokratischen Konzeption eines Bundesentwicklungsplanes — also eine entsprechende Veränderung der Mehrheitsverhältnisse.

Zusammenfassung

Wie abhängig ist der bundesrepublikanische Staat von den Interessen der kapitalistischen Privatwirtschaft? Realitätsbezogene Antworten lassen sich nur geben, wenn diese abstrakte Fragestellung in der Gestalt politischer Fragen wie z. B. der folgenden konkretisiert wird:

— Ist es möglich, die organisierte Arbeitnehmerschaft erfolgreich gegen die gewerkschaftsfeindliche Politik der Bundesbank zu mobilisieren? Wie kann eine Bundesbankpolitik durchgesetzt werden, für die das Ziel der Vollbeschäftigung unantastbar ist?

— Ist es möglich, in Konfrontation mit den unmittelbaren Verursachern der Inflation in der Bevölkerung den erforderlichen Rückhalt für eine antiinflationäre Preiskontrolle der marktbeherrschenden Konzerne zu erreichen?

— Ist es möglich, politische Mehrheitsverhältnisse zu erreichen, unter denen eine Verpflichtung der vielen öffentlichen Hände auf die Ziele einer bundeseinheitlichen regionalen Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden kann?

Diese exemplarischen Konkretisierungen der Frage nach der Rolle des Staates zwischen den Interessen der Bevölkerung und den Interessen des Privatkapitals' machen deutlich, daß ihre Beantwortung nur in der Gestalt politischer Strategien realen Aussagewert hat, die auf die Gewinnung der Wählermehrheit zielen. Organisation und Bewußtsein der Wähler sind in letzter Instanz die Faktoren, die in einer Demokratie die Rolle des Staates bzw. der einzelnen Elemente des Staates gegenüber dem Privatkapital bestimmen. Wenn Abhängigkeit des Staates vom Privatkapital verstanden wird als Unterordnung der Interessen der Bevölkerung unter die spezifischen Verwertungsinteressen des Kapitals, dann bedeutet Demokratisierung der Wirtschaft angesichts der tatsächlichen Abhängigkeit der Wirtschaft vom Staat nichts anderes als die konsequente, planvoll koordinierte Bindung aller Bereiche des Staates an die Interessen der Bevölkerung. Dabei ist es allerdings notwendig, jene immanenten Zwangsläufigkeiten der Ökonomie, die kein Staat ungestraft mißachten kann, strikt zu unterscheiden von den spezifischen Wirkungen kapitalistischer Verwertungsinteressen — eine Unterscheidung, die von linken Systemkritikern oft nicht beachtet wird.

Eine demokratisch orientierte Analyse hat also die Tendenzwende als Ausdruck des Massenbewußtseins zu begreifen und dementsprechend ihren Sinngehalt ernst zu nehmen. Aus der Sicht der Arbeitnehmer hat die wachsende

Skepsis gegenüber der sozialdemokratischen Reformpolitik gute Gründe. Eine demokratische Reformpolitik muß den Primat der Sicherung des materiellen Status quo, insbesondere der Sicherung der Vollbeschäftigung im Interesse der Arbeitnehmer respektieren. Infolgedessen ist es heute die erste Aufgabe sozialdemokratischer Reformpolitik, in der Praxis ihre Fähigkeit zur Sicherung wirtschaftlicher Stabilität nachzuweisen. Wo der Staat sich hierbei, im Widerspruch zu den demokratisch gesetzten Zielen, privatwirtschaftlichen Interessen beugen muß, ist es notwendig, dies als Ausdruck politischer Kräfteverhältnisse begreifbar zu machen und entsprechende Strategien zu entwickeln, die im Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft auf die Mobilisierung des Bewußtseins der Wählermehrheit zielen.

Wer diese Orientierung an den realen Arbeitnehmerinteressen ernst nimmt, dem ist zugleich auch einsichtig, warum abstrakter gesellschaftspolitischer Radikalismus eher reaktionäre als progressive Wirkungen erzeugt. Denn pauschale Vergesellschaftungsforderungen, Forderungen nach dirigistischer Kapitallenkung über eine zentrale Genehmigungsbehörde oder nach umfassender Preiskontrolle sind in der Bundesrepublik nicht deshalb ohne reale Verwirklichungschance, weil die Macht des Kapitals so übergroß ist, sondern in erster Linie deshalb, weil die große Mehrheit der Bevölkerung heute Beachtliches zu verlieren, aber wenig zu verschenken hat, und weil sie mit gutem Grund befürchtet, auf solchen Wegen aus der relativ erträglichen profitwirtschaftlichen Traufe in einen bürokratiemwirtschaftlichen Dauerregen zu kommen. Jeder Schritt progressiver Reformpolitik unterliegt gegenüber den Wählern der Beweislast, daß er ihnen tatsächlich Verbesserungen bringt, ohne ihren bislang erreichten ökonomischen und sozialen Status zu gefährden.

Es ist eben kein Ausdruck demokratischen Bewußtseins und bietet keine Perspektive für demokratische Veränderungen, wenn man die konservativen Momente des allgemeinen Bewußtseins als Ausdruck manipulativ erzeugten falschen Bewußtseins verkennt. Für die Erfolge der künftigen sozialdemokratischen Politik ist es vielmehr ausschlaggebend, die gegenwärtige politische Tendenzwende als Reaktion der Wähler auf Mißerfolge der sozialliberalen Koalition zu begreifen — Mißerfolge, in denen sich nicht zuletzt politische Fehler ausdrücken.